

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Krieg in der Ukraine: Angespannte Lage im Asyl- und Flüchtlingsbereich: ausserordentliche befristete Aufstockung des Personalkörpers in der Abteilung Schutz und Rettung; Nachkredit zum Globalbudget 2022

1. Worum es geht

Am 24. Februar 2022 hat Russland eine gross angelegte Invasion in die Ukraine gestartet. Zahlreiche Menschen mussten wegen Raketenangriffen und Bombardierungen ihr Zuhause verlassen. Bisher sind rund 4 Mio. Menschen, überwiegend Frauen und Kinder/Jugendliche, über die Grenzen in die Nachbarstaaten geflohen. Davon sind per Mitte März über 10 000 in der Schweiz angekommen. Das Staatssekretariat für Migration geht davon aus, dass bis Ende 2022 zwischen 50 000 und 250 000 Ukrainer*innen in der Schweiz Zuflucht suchen werden.

Kurz nach Beginn der Invasion Russlands gegen die Ukraine hat der ukrainische Botschafter in Bern zur Spende von Hilfsgütern aufgerufen. In der Folge wurde die ukrainische Botschaft in Bern mit Lieferungen von Gütern jeder Art «überschwemmt», weshalb er die Stadt Bern um Hilfe zur Entgegennahme, Sortierung, Verpackung, Einlagerung und Abtransport ersucht hat. Innert Stunden konnten Mitarbeitende des Zivilschutzes von Schutz und Rettung Bern zusammen mit Milizangehörigen des Zivilschutzes Hilfe leisten. Seit 2. März 2022 sind die Mitarbeitenden von Schutz und Rettung Bern vor Ort und leisten von früh (07:00 Uhr) bis spät (teilweise 23:00 Uhr) sowie über das Wochenende Hilfe, koordinieren die Freiwilligen, organisieren Transporte, steuern das Sortieren, helfen beim Aus- und Einladen und vieles anderes mehr. Unterstützungersuchen an Kanton und Bund wie auch Hilfsorganisationen blieben erfolglos, ein Ende ist nicht absehbar und das «Tagesgeschäft» kann nicht weiter aufgeschoben werden (z.B. Schutzplatzzuweisung).

Mit Regierungsratsbeschluss 262/2022 vom 16. März stellte der Regierungsrat des Kantons Bern fest, dass aktuell eine angespannte Lage nach Artikel 30 des Gesetzes über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFG; BSG 861.1) vorliegt. Er ermächtigte die Direktion für Gesundheit, Soziales und Integration (GSI), die Regierungsstatthalter*innen zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden innerhalb eines zu definierenden Zeitraums eine noch zu beziffernde Anzahl kurzfristig verfügbarer Unterbringungsplätze zu bezeichnen.

Wie der Tischvorlage «Betreuung geflüchteter Menschen aus der Ukraine: Unterstützung und Mithilfe; Schreiben an die Abteilungsleitenden der Stadtverwaltung» der Gemeinderatssitzung vom 22. März 2022 zu entnehmen ist, führen Mitarbeitende von Logistik und Infrastruktur sowie des Zivilschutzes von Schutz und Rettung Bern in einer ersten Phase die Unterbringung von Schutzsuchenden aus der Ukraine in der Mingerstrasse 14 a-d auf dem BEAEXPO-Gelände. Aufgrund des sich abzeichnenden Engpasses an Unterbringungsmöglichkeiten werden parallel zur unterirdischen Anlage an der Mingerstrasse ebenfalls Schutzräume an der Effingerstrasse, Bethlehemstrasse, Mädergutstrasse und Hochfeldstrasse zur kurzfristigen Unterbringung von Schutzsuchenden vorbereitet. Der technisch-logistische Betrieb der Anlagen kann nicht durch die Heilsarmee, die für den Betrieb sämtlicher Kollektivunterkünfte für Personen aus dem Asylbereich beauftragt ist, übernommen werden. Diese Aufgabe verbleibt während 24 Stunden an 7 Tagen die Woche bei Schutz und Rettung Bern und führt erst wieder zu einer Entspannung, wenn keine Schutzsuchenden mehr in unterirdischen Anlagen einquartiert werden müssen.

Im Weiteren nimmt das Katastrophenmanagement von Schutz und Rettung Koordinationsaufgaben über alle drei Staatsebenen hinweg wahr. Es führt täglich einen Lage- und Koordinationsrapport, erstellt wöchentlich einen Lagebericht der Stadtverwaltung zuhanden des Gemeinderats. Das Katastrophenmanagement koordiniert Fragestellungen jeglicher Art der Verwaltung und ermuntert die Beteiligten zur gemeinsamen Lösungsfindung – aber auch zur Übernahme von Tätigkeiten den jeweiligen Verantwortungsbereich betreffend. Gleichzeitig sind Begehrlichkeiten der bestehenden Vertragsgemeinden (Bremgarten bei Bern und Frauenkappelen) sowie der seit Jahresbeginn neuen Vertragsgemeinden (Ittigen, Bolligen, Stettlen, Ostermundigen, Muri bei Bern und Allmendingen bei Bern) des Regionalen Führungsorgans RFO Bern plus, im Kontext der Russland-Ukraine-Krise, zu bearbeiten. Ein Ende ist nicht absehbar.

Die Situation und die zeitlich hohe Arbeitsbelastung bringen die Mitarbeitenden der betroffenen Dienststellen von Schutz und Rettung Bern wie auch des Polizeiinspektorats (Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei/EMF) an ihre Grenzen.

2. Nachkredit für ausserordentliche Personalaufstockung

Um die verschiedensten zusätzlichen Aufgaben, die sich für Schutz und Rettung Bern aus der Russland-Ukraine-Krise ergeben, weiterhin wahrnehmen zu können und aus Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitenden, bei denen sich aufgrund des sehr grossen Ansturms und damit verbundenen Mehrbelastung Erschöpfungszustände bemerkbar machen, soll der Personalkörper in der Abteilung Schutz und Rettung befristet um 400 Stellenprozente aufgestockt werden.

Für die ausserordentliche befristete Stellenaufstockung von 400 % für Mitarbeitende im Zivilschutz, bei Logistik und Infrastruktur sowie im Katastrophenmanagement ab 23. März 2022 fallen nicht budgetierte Mehrausgaben an. Diese können nicht genau beziffert werden, da die Dauer der Anstellung nicht festgelegt werden kann. Der Gemeinderat beantragt aus diesem Grund vorerst eine befristete Anstellung von rund 6 Monaten bis Ende September und einen Nachkredit von Fr. 285 000.00. Dieser soll im Rahmen der Möglichkeiten kompensiert werden.

Aufgrund der hohen Dringlichkeit und weil ein Zuwarten nicht zu verantworten wäre, hat der Gemeinderat den Nachkredit gestützt auf Artikel 140 Absatz 3 Gemeindeordnung (GO) beschlossen und beantragt dem Stadtrat die Ausgabe hiermit.

3. Konsequenzen bei Nichtumsetzung oder verspäteter Umsetzung

Aufgrund der in Punkt 1 erläuterten aktuellen Situation lässt sich eine Nichtumsetzung oder ein Zuwarten nicht verantworten. Eine Entlastung durch eine ausserordentliche befristete Personalaufstockung bei der Abteilung Schutz und Rettung Bern ist deshalb vordringlich.

Antrag

1. Der Stadtrat bewilligt für die befristete Aufstockung des Personalkörpers um 400 Stellenpro-
zente in der Abteilung Schutz und Rettung Bern im Jahr 2022 einen Nachkredit von total
Fr. 285 000.00 (zulasten Dienststelle 245) und erhöht den Globalkredit 2022 auf
Fr. 22 255 040.95.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 30. März 2022

Der Gemeinderat